»Wir müssen schnell entwaffnen«

(UN-Foto: Eskinder Debebe)

Alassane Ouattara, geb. 1942, ist seit Mai 2011 Präsident der Republik Côte d'Ivoire. Der Amtsübernahme waren schwere Unruhen vorausgegangen, da der amtierende Präsident Laurent Gbagbo das Ergebnis der Stichwahl vom 28.11.2010 nicht anerkannte und im Amt blieb. Erst eine militärische Intervention der UNOCI und im Land stationierter französischer Truppen konnte die Unruhen beenden.

Die UN-Friedensmission UNOCI (Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire) besteht seit April 2004. Sie umfasst gegenwärtig rund 9500 Soldaten und Militärbeobachter, 1500 Polizisten und 1300 zivile Angehörige. Das Mandat endet am 31. Juli 2013; eine Verlängerung ist wahrscheinlich.

Interview mit **Alassane Ouattara**, dem Präsidenten der Côte d'Ivoire und amtierenden Vorsitzenden der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS), über die UN-Mission in der Côte d'Ivoire, die Herausforderungen für das Land und die Rolle der ECOWAS in der Mali-Krise.

Frage: Herr Präsident, wie lange wird die UN-Friedensmission UNOCI noch in der Côte d'Ivoire bleiben?

Alassane Outtara: Das weiß ich nicht. Wir arbeiten an einer Verlängerung des Mandats für ein weiteres Jahr. Aber es gibt noch keine Einigung zwischen den UN und uns. Zwischen August und November gab es ja einzelne gewaltsame Übergriffe, die den Friedensprozess gestört haben. Jetzt muss sich die Situation erst wieder stabilisieren. Noch wichtiger ist, dass wir zunächst die Entwicklung in Mali unter Kontrolle bringen.

Wie ist die Zusammenarbeit mit der UNOCI? Haben Sie Wünsche an die Vereinten Nationen?

Die Zusammenarbeit ist ausgezeichnet. Der Umfang der Friedensmission ist in Ordnung.

Unter der Oberfläche scheint es noch Spannungen in der Bevölkerung zu geben. Wie sehen Sie das?

Ja, im letzten Jahr hat es noch Spannungen gegeben. Aber die Lage hat sich verbessert – im Hinblick auf die Versöhnung und auf den politischen Prozess. Allerdings habe ich mich schon gewundert, dass sich die Anhänger des früheren Präsidenten [Laurent Gbagbo], trotz all unserer Bemühungen, nicht an Gesprächen mit uns beteiligen wollten – wohl, weil sie die gewaltsamen Aktionen vom August 2012 vorbereitet haben. Nun, da sie gesehen haben, dass Gewalt nichts bringt, sind sie zum politischen Prozess zurückgekehrt. So sollte es auch sein.

Sind noch immer Waffen im Umlauf?

Oh ja. Viele Leute haben noch Waffen: Milizen, Soldaten der früheren Armee. Was wir brauchen, ist ein schneller Plan für die Demobilisierung. Dies hat begonnen. Aber wir benötigen finanzielle Unterstützung. Ich habe die Bundeskanzlerin und den Deutschen Bundestag gebeten, uns zu helfen.

Ohne internationale Unterstützung wird es also keine Demobilisierung geben?

Es geht um eine Menge Geld. Wir schätzen, dass wir zwischen 150 und 200 Millionen US-Dollar benötigen. Wir haben noch 70 000 Menschen, die illegal bewaffnet sind. Wenn wir denen für die Abgabe ihrer Gewehre etwas zahlen, dann summiert sich das zu erheblichen Beträgen.

Was können denn Ihre eigenen nationalen Sicherheitskräfte leisten?

Die arbeiten effizient. Da es aber so viele junge Leute gibt, die ihre eigenen Waffen haben, wäre die Polizei damit überfordert, sich um alle zu kümmern. Die Polizei hat ja auch die Aufgabe, die Bevölkerung insgesamt zu schützen. Auf alle Fälle müssen diese jungen Leute entwaffnet werden, die immer noch mit Waffen aus dem Konflikt herumlaufen.

Ist die frühere Nord-Süd-Teilung Côte d'Ivoires überwunden?

Es gibt keine Teilung mehr. Von Abidjan aus können Sie in alle Winkel des Landes fahren.

Was ist gegenwärtig die größte Herausforderung für die Regierung?

Die größte Aufgabe ist, den Prozess zu beschleunigen – im Hinblick auf die Sicherheitslage und die nationale Versöhnung. Unser sehr hohes Wirtschaftswachstum wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Wenn die Menschen Jobs bekommen, dann wirkt sich das auf beides aus: auf die Sicherheit und auf die Versöhnung.

Ihre Zielvorstellung ist eine wirtschaftlich starke Côte d'Ivoire ...

Vor 20 Jahren war die Côte d'Ivoire die drittgrößte Volkswirtschaft Afrikas. Da wollen wir wieder hin, und wir können es auch. Dafür müssen wir hart arbeiten. Ich hoffe, in drei bis fünf Jahren haben wir es geschafft.

Sie sind zurzeit ECOWAS-Vorsitzender. Kommt die ECOWAS mit der kritischen Lage in Mali zurecht?

Ich denke, wir können es schaffen. Die ECOWAS hat die Entwicklung vorhergesehen. Im vergangenen halben Jahr haben wir allein sieben Gipfeltreffen der ECOWAS-Staatschefs abgehalten. Wir haben die Entwicklung kommen sehen. Was in Mali passierte, hat uns darin Recht gegeben, den Prozess hin zu einer UN-Resolution zu beschleunigen.

Das Gespräch in englischer Sprache fand am 16. Januar 2013 in Berlin statt. Die Fragen stellte Dr. Ekkehard Griep, Stellvertretender Vorsitzender der DGVN und Leiter der DGVN-Studienreise 2012 in die Côte d'Ivoire.